

## Überraschender Ausgang der Bundestagswahl

# Keine Mehrheit für soziale Kälte

Es gibt in Deutschland keine Mehrheit für den sozialen Kahlschlag und den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Das ist das erfreuliche Ergebnis der Bundestagswahl. Diesem Wählerwillen muss sich jede neue Regierung stellen – egal in welcher Koalition!

„Das Wahlergebnis hat auch die Position der Gewerkschaften gestützt“, sagt IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Ein „Weiter so“ wie bisher geht nicht. Vor allem ist das Ergebnis aber eine klare Absage an eine Politik, „die Arbeitnehmerrechte, Tarifautonomie und Mitbestimmung zum Spielball der neo-liberalen Gefolgschaft machen wollte“.

Gefragt ist jetzt ein Wechsel hin zu einer sozial gerechten Politik, die Wachstum fördert, Arbeitsplätze schafft und die Sozialsysteme solidarisch erneuert. Die zentralen politischen Herausforderungen sind auch nach der Wahl die gleichen geblieben:

- anhaltende Massenarbeitslosigkeit
- geringes Wirtschaftswachstum
- viel zu niedrige öffentliche Investitionen
- ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums
- schrumpfende Einnahmehasis der sozialen Sicherungssysteme
- eine sozial ungerechte und ökonomisch ineffektive Steuerpolitik
- zu wenig Ausbildungsplätze

Diesen Herausforderungen muss sich die neue Regierung stellen.

Die IG Metall hält mit Blick auf mögliche Koalitionsverhandlungen auch nach der Wahl an ihren Forderungen an eine neue Bundesregierung fest:

- Tarifautonomie und Mitbestimmung erhalten



Handeln für Arbeit: WMF-Beschäftigte in Geislingen protestieren gegen Stellenabbau trotz Beschäftigungspakt

- Kündigungsschutz darf nicht angepackt werden
- das solidarische Sozialversicherungssystem stärken, Bürgerversicherung einführen
- Hartz IV deutlich korrigieren
- staatliches Handeln für mehr Wachstum und Beschäftigung
- keine weitere Steuersenkung für Spitzenverdiener und Unternehmen, keine Mehrwertsteuererhöhung
- ein sozial gerechteres Steuersystem, keine Besteuerung von Schichtzuschlägen, Erhalt der Pendlerpauschale
- für mehr Ausbildungsplätze sorgen

**Jörg Hofmann:** „Eine Politik, die diese Positionen angreift, wird auf unseren Widerstand stoßen.“ Der ganze Kommentar von Jörg Hofmann steht auf Seite 2.

## Wie die Arbeitgeber versuchten, die Wahl zu beeinflussen

Spenden in Millionenhöhe, Kampagnen und versuchte Einflussnahme. Selbst der Stern beklagt: „Es wird versucht dem Volk den Kopf zu waschen.“

**Mehr Infos auf Seite 2**

Wie die Wirtschaft den Machtwechsel beeinflussen wollte

## Trotz Spenden nix gewesen

Die Wahl ist entschieden, die Wirtschaft enttäuscht über ihren Ausgang. „Von einer Katastrophe für das Land“ und einem „Desaster für die Wirtschaft“ wird orakelt. Dabei haben die Unternehmen und ihre Verbände aktiv in den Wahlkampf eingegriffen und Parteien mit Millionenspenden gesponsert.

So konnten sich CDU/CSU und FDP über saftige Wahlkampfspenden aus den Unternehmens- und Verbandszentralen freuen. Gut 1,5 Millionen Euro spendeten allein Banken wie **Commerzbank** und **Deutsche Bank**. Der Arbeitgeberverband **Südwestmetall** hat 600 000 Euro locker gemacht und auch der Verband der Chemischen Industrie gab sich nicht geizig. Vom Verband der Bayrischen Metall- und Elektroindustrie flossen 400 000 Euro an die CSU, weitere 60 000 an die FDP. Alles, um den Machtwechsel zu befördern.

Entsprechend groß der Schock nach der Wahl. „Schwarz-Gelb“ bleibt ohne Mehrheit. Alles Trommeln für den Wechsel hat nichts genutzt. „Wirtschaft bitter enttäuscht über Wahlergebnis“, titelte dann auch die Financial



Anzeige der INSM zwei Tage nach der Wahl in allen überregionalen Zeitungen

Times Deutschland am Tag nach dem Wahldesaster der Neoliberalen. „Ökonomen befürchten Reformstillstand“, beklagte das Handelsblatt. Gleichzeitig drohte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt mit weiterem Jobabbau und führende Wirtschaftslenker bejammern seither einen drohenden Abstieg

Deutschlands. Mit ganzseitigen Anzeigen in allen überregionalen Tageszeitungen des Landes mahnten die Wirtschaftspropheten: „Die nächsten Schritte sind entscheidend.“

Besonders tief in die Tasche gegriffen hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und vor fünf Jahren die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) ins Leben gerufen. Ausgestattet mit 100 Millionen Euro sollte die „Initiative“ als PR-Maschine für ein wirtschaftsfreundliches Klima in der Republik sorgen.

Die Ziele sind klar: Arbeitskosten runter, mehr private Vorsorge, längere Arbeitszeiten, weniger Kündigungsschutz, weniger Arbeitslosenhilfe und schwache Gewerkschaften. Nicht umsonst wurde die Truppe von der *Frankfurter Rundschau* als „**Guerilla der Wirtschaftsliberalen**“ betitelt.

60 Mitarbeiter entwerfen in ihren Kölner Büroräumen Kampagnen und Werbung für die Propaganda der „Radikalreformer“, denen der Sozialstaat heutiger Prägung mehr als nur ein Dorn im Auge ist.

Selbst redaktionelle Beiträge werden an Zeitungen lanciert, Fernseh- und Hörfunksendungen auch schon mal co-finanziert, wenn sie der „richtigen“ Argumentation folgen. Ca. 100 Redaktionen erhalten zweimal wöchentlich ein Fax der „Initiative“ mit Vorschlägen zu Themen, die dem Meinungswandel in der Bevölkerung den Boden bereiten sollen. „Also“, schrieb auch der *Stern* schon 2003 über die INSM, „beschloss man, dem Volk den Kopf zu waschen.“

Für Buchautor **Albrecht Müller** (*Die Reformlüge*) ist die „Initiative“ schnell entlarvt: Sie sei „der Versuch von Seiten der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie Einfluss zu nehmen auf die öffentliche Meinung“. Müller geht sogar noch weiter und geißelt die Aktion als „antidemokratisch“. Diejenigen, die Geld hätten, „versuchen jetzt auch noch zu bestimmen, was die Menschen denken“, beklagt er.

### Wahlergebnis stützt unsere Position!

Die Gewerkschaften haben im Wahlkampf keine Wahlempfehlung ausgesprochen. Wir werden uns deshalb auch nicht für eine bestimmte Koalition aussprechen. Allerdings hat das Wahlergebnis die Position der Gewerkschaften gestützt, denn es ist ein klares Votum gegen weiteren Sozialabbau und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte. Schwarz-Gelb hat von den Wählerinnen und Wählern keine Mehrheit erhalten, die Politik Angela Merkels bereits vor dem Kanzleramt Schiffbruch erlitten. Also eine klare Absage an eine Politik der sozialen Kälte, für die Union und FDP mit ihren aktuellen Programmen stehen.

Die IG Metall hat bereits vor der Wahl

ihre Positionen deutlich gemacht. Sie sind ein Prüfstein für die Politik der künftigen Bundesregierung und entsprechen dem mehrheitlichen Wählerwillen, den die politischen Akteure in ihrem Handeln stets im Blick haben sollten.

Eine Politik, die diese Positionen angreift, wird auf unseren Widerstand stoßen.



Jörg Hofmann,  
IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg